

Positionspapier GENDER IN ZEITEN VON COVID-19

Mädchen* und junge Frauen* sind die größten Verlierer:innen der Coronakrise. Grund hierfür ist, dass sie nicht nur primär der Ansteckungsgefahr ausgesetzt sind, sondern darüber hinaus von weitreichenden sekundären Folgen der Pandemie betroffen sind.

Was ist das Problem?

Die Mehrheit der Beschäftigten im Gesundheitssektor sind weiblich, sodass Frauen* einem größeren Risiko ausgesetzt sind, sich mit dem Virus anzustecken. Das beschränkt sich jedoch nicht nur auf diesen einen Sektor, sondern gilt auch für andere systemrelevante Jobs wie beispielsweise Angestellte im Supermarkt oder bei der Kinderbetreuung. Hinzu kommt, dass in vielen einkommensschwachen Ländern die Mittel fehlen, um das (überwiegend weibliche) Personal ausreichend vor COVID-19 zu schützen. Viele Frauen* und Mädchen* hatten schon vor dem Ausbruch des Virus keinen gleichberechtigten Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen. Eine Problematik, die sich durch die Pandemie noch verschärft hat. Erschwerend kommen die Erfahrungen aus der Ebola Krise hinzu, welche uns gezeigt hat, dass Frauen* und Mädchen* in Krisen meist schon gesundheitlich geschwächt sind, da sie bei

Nahrungsmittelknappheit oftmals weniger zu essen bekommen.

Über den gesundheitlichen Aspekt hinaus hat die Corona-Pandemie weitreichende sekundäre Folgen für Mädchen* und junge Frauen*.

Sekundäre Folgen: Bildung

743 Millionen Mädchen¹ in 184 Ländern besuchen derzeit keine Schule. Ihre Rückkehr ist fraglich, was massive Risiken birgt. Mädchen* sind unter anderem durch den Verlust des Schutzraumes Schule, verstärkt sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch ausgeliefert. Oft resultieren daraus ungewollte Schwangerschaften. Geschlossene Schulen bedeuten ein erhöhtes Risiko von Kinder-, Früh- und Zwangsverheiratung. Hunger, Kinderarbeit und unbezahlte Haus- und Sorgearbeit sind weitere Folgen. Home Schooling ist nicht immer möglich, unter anderem wegen der mangelnden Bildung der Eltern. Für Mädchen*, die in Camps für Geflüchtete oder als Binnenvertriebene leben, sind die Schulschließungen am verheerendsten, da sie bereits zuvor benachteiligt waren. Geflüchtete Mädchen* haben nur eine halb so hohe Chance, eine Sekundarschule zu besuchen, wie ihre männlichen Altersgenossen.

¹ <https://en.unesco.org/news/covid-19-school-closures-around-world-will-hit-girls-hardest>

Sekundäre Folgen: Hausarbeit

Aufgrund von gesellschaftlichen, sozialen und kulturellen Normen, tragen Mädchen* und Frauen* den Großteil der Last unbezahlter Haus- und Sorgearbeit. Nach einer Schätzung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) würde unbezahlte Haus- und Sorgearbeit neun Prozent des internationalen Bruttoinlandsproduktes (BIP) ausmachen, wenn sie in die wirtschaftliche Gesamtrechnung mit einbezogen würde. Schulschließungen und Lockdowns verstärken diese Bürde für Mädchen* und junge Frauen*.

Sekundäre Folgen: Sexuelle reproduktive Gesundheit und Rechte

Im Zuge der Corona-Pandemie können die ohnehin schon schwachen und unterfinanzierten Gesundheitssysteme keine oder nur unzureichende Dienstleistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte für Mädchen* und jungen Frauen* zur Verfügung stellen.

Ganz praktisch bedeutet dies unter anderem, dass die Versorgung mit Verhütungsmitteln unter der Ausbreitung von COVID-19 abnimmt und Artikel für Menstruationshygiene nicht zur Verfügung stehen. Für die Jugendlichen, die keine Schule besuchen, findet eine umfassende Sexualerziehung, Aufklärung und Information nicht mehr statt.

Sekundäre Folgen: Geschlechterbasierte Gewalt

Eine weitere Sekundärfolge ist der weltweite Anstieg geschlechtsspezifischer Gewalt (gender based violence - GBV). Diese wurde bereits in Deutschland als eine Auswirkung der Pandemie identifiziert und ist auch in anderen Ländern ein Problem mit massiven negativen Folgen für viele Mädchen* und junge Frauen*.

Wer hat die Expertise?

Mädchen* und junge Frauen* sind also ganz besonders von dieser Krise betroffen und werden täglich auf allen Ebenen mit den Folgen konfrontiert. Ihr Wissen und ihre Erfahrungen machen sie zu Expert*innen. Das vorliegende Positionspapier soll insbesondere dazu dienen, sich die Auswirkungen der Krise auf Mädchen* und junge Frauen* zu vergegenwärtigen und darauf aufmerksam zu machen, dass sie - als Expert*innen – genau wissen, welche Probleme bestehen und wie die Krise sich auf ihr Leben auswirkt.

Die wirtschaftlichen Folgen für Mädchen* und junge Frauen*

Die Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt sind weltweit eklatant und betreffen junge Frauen* besonders stark. Die ILO geht davon aus, dass bereits im zweiten Quartal 2020 elf Prozent - also 305 Millionen - Vollzeitstellen weltweit weggefallen sind. Seit Ausbruch der Krise hat eine von sechs jungen Menschen aufgehört zu arbeiten. COVID-19 verstärkt die bestehenden Hindernisse für eine gleichberechtigte wirtschaftliche Teilhabe. Besonders in abgelegenen ländlichen Gegenden, wo Frauen* zumeist im informellen Sektor arbeiten, gibt es kein soziales Sicherheitsnetz. Der Wegbruch des Einkommens bedeutet hier kompletter Einkommensverlust, Armutsrisiko und damit der Verlust der wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Vergangene Krisen haben gezeigt, dass wenn wirtschaftliche Sicherung wegfällt, auch oft zu negativen Bewältigungsstrategien gegriffen wird und sexuelle Ausbeutung, aber auch Kinderarbeit ansteigen.

Politische und gesellschaftliche Teilhabe: Das „LEAD“-Programm

Das Ziel von „LEAD“ ist es, junge Menschen zu befähigen, sich gemeinsam für einen Wandel des gesellschaftlichen und politischen Systems einzusetzen. Unser Leitsatz dafür ist:

„Mädchen*, Jungen* und Jugendliche* sind Motoren des Wandels, die sich für ihre Rechte und Gleichberechtigung einsetzen.“

Die Beteiligungsmöglichkeiten vieler junger Menschen sind stark eingeschränkt. Das hat mehrere Ursachen. Zum einen lehren traditionelle Rollenbilder Kinder häufig Gehorsam gegenüber Erwachsenen und nicht, sich eine eigene Meinung zu bilden und zu diskutieren. Armut führt dazu, dass Jugendliche nicht das Geld und die Zeit haben, die sie brauchen, um sich gesellschaftlich zu beteiligen. Außerdem haben Mädchen* und Jungen* keinen ausreichenden Zugang zu altersgerechten Informationen und modernen Kommunikationsmöglichkeiten.

Während der Pandemie laufen wir Gefahr, vermehrt in alte Geschlechterrollen zurückzufallen. Vor COVID-19 war es den Jugendgruppen möglich, sich zu treffen, auszutauschen, als Advokat*innen in ihren Gemeinden auf Missstände und Probleme aufmerksam zu machen, oder bei Kampagnen aktiv zu sein. Das ist derzeit nur noch eingeschränkt möglich, sodass wo möglich, digitale Ansätze einen Ersatz darstellen können. Eine neue Normalität darf und kann nicht ohne die Jugendlichen stattfinden. Denn nur mit ihrer Beteiligung kann auf ihre Probleme reagiert und Lösungen gefunden werden.

Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR)

Grundlegend für ein selbstbestimmtes Leben, Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit ist, dass alle Menschen frei und selbstbestimmt über ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte entscheiden können und Zugang zu den

notwendigen Dienstleistungen haben. Nur so können Mädchen* und junge Frauen* selbstbestimmt über die eigene Gesundheit und ihren Körper entscheiden. Auch darüber, wen und wann sie heiraten möchten und ob, wann und wie viele Kinder sie bekommen. Es ist die Grundlage für Schulbildung, ökonomische Selbständigkeit und Mitsprache bei Entscheidungen, die das eigene Leben betreffen. Jedoch können Mädchen* und junge Frauen* oft aufgrund von traditionellen Normen und Werten sowie unzureichendem Zugang zu SRGR Dienstleistungen nicht frei von Zwang und Gewalt über die eigene Sexualität und Familiengestaltung bestimmen.

Mittlerweile liegen Schätzungen vor, welche Auswirkungen COVID 19 auf die sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte (SRGR) von Mädchen* und Frauen* haben könnten. Sollte die Versorgung mit Dienstleistungen im Bereich SRGR in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen (LMICs) um 10 % sinken, hätte das innerhalb eines Jahres folgende Auswirkungen:

- Weitere 48 Millionen Mädchen* und Frauen* ohne Zugang zu modernen Verhütungsmethoden.
 - Das bedeutet: Knapp 15,5 Millionen ungewollte Schwangerschaften zusätzlich
- Keine medizinische Versorgung bei Komplikationen bei der Geburt bei 7 Millionen Mädchen* und Frauen*
 - Das bedeutet: Steigerung der Müttersterblichkeit um 28.000 Fälle
- Weitere 2,6 Millionen Neugeborene mit schwerwiegend gesundheitlichen Komplikationen ohne professionelle Versorgung.
 - Das bedeutet: 168.000 zusätzlichen Todesfällen unter Neugeborenen
- 5,5 Millionen zusätzliche Abtreibungen unter unsicheren medizinischen Bedingungen
 - Das bedeutet: 100.000 Todesfälle von Mädchen* und Frauen* zusätzlich

In der Summe sind Mädchen* und junge Frauen* von dem Rückgang von SRGR Dienstleistungen unter COVID 19 stärker betroffen als Erwachsene, weil sie größere Schwierigkeiten haben, Zugang zu Dienstleistungen und

Programmen zu erhalten. Grund sind logistische Probleme, aber auch soziale Werte und Normen.

Flucht und Migration

Die Folgen der Pandemie verstärken sich weltweit im Kontext von Flucht- und Migration. Die enge Bebauung in den Camps führt dazu, dass Pandemiebedingte Schutzmaßnahmen schwierig bis gar nicht umsetzbar sind. Wenn bis zu hunderttausend Menschen auf engem Raum zusammenleben, ist Social Distancing nicht möglich. Auch hier in Deutschland sind Menschen, die in Gemeinschaftsunterkünften wohnen einem erhöhten gesundheitlichen Risiko ausgesetzt.

Geflüchtete Menschen werden häufig stigmatisiert, haben keinen Zugang zu Gesundheitsdiensten und Informationen. Hygienemaßnahmen, wie Händewaschen, sind in den Camps wegen der unzulänglichen Sanitäranlagen, Seife und sauberem Wasser ebenfalls nicht umsetzbar. Durch die Enge in den Camps kann sich das Virus schnell verbreiten. Geflüchtete, Asylsuchende und Menschen auf der Flucht, laufen Gefahr, von den nationalen COVID-19-Präventions- und Reaktionsplänen ausgeschlossen zu werden. Dies gilt insbesondere für Mädchen* und junge Frauen*, denn sie werden vor und bei Erstellung der Pläne selten konsultiert oder vertreten. Dies führt oft dazu, dass ihre spezifischen Bedürfnisse in den COVID 19-Maßnahmen der nationalen und lokalen Behörden übersehen werden. Viele Staaten haben Einreisebeschränkungen ein- und die staatlichen humanitären Programme ausgesetzt, was die Rechte von Geflüchteten und Asylsuchenden stark verletzt, einschließlich ihr Rechts auf Asyl.

Menschen, die in Camps für Geflüchtete leben, waren auch vor COVID-19 auf humanitäre Unterstützung, wie Lebensmittel- und Essenslieferungen angewiesen. Aus anderen Krisen gibt es die Erkenntnis, dass bei Nahrungsmittelknappheit Mädchen* und Frauen* die ersten sind, die nicht mehr ausreichend Nahrung erhalten und deshalb an

Unterernährung leiden. Die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung von COVID-19, haben Einfluss auf die Mobilität des humanitären Personals. Dies kann zu einer Unterbrechung der Dienste und Lieferungen führen, die für die Gesundheit, Sicherheit und das Wohlergehen von Mädchen* und jungen Frauen* unerlässlich sind. Dazu gehören auch Produkte und Dienstleistungen im Bereich SRGR, die ihnen ermöglichen einen gleichberechtigten Zugang zum Lebensumfeld und sorgt für medizinischen Schutz ihrer sexuell reproduktiven Gesundheit.

Viele Unterkünfte für geflüchtete Menschen befinden sich in sogenannten Host-Gemeinden. Wenn eine Krise, wie die COVID-19 Pandemie, die Lebenssituation der Host-Gemeinde verschlechtert, steigt die Frustrationsrate gegenüber den Bewohner:innen der Camps. Sollte es hier dann zu einem Ausbruch von COVID-19 kommen, kann das zu einer zusätzlichen Stigmatisierung der Camp-Bewohner:innen führen.

Da die wichtigsten Geberländer selbst mit wirtschaftlichen Schocks infolge der COVID-19-Pandemie konfrontiert sind, besteht die Gefahr, dass die humanitären Ressourcen weiter schrumpfen, bei ansteigendem Bedarf. Die am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen, insbesondere Mädchen* und junge Frauen*, werden am härtesten von den zunehmenden Finanzierungslücken betroffen sein, da ihre Bedürfnisse im humanitären Kontext oftmals nicht als prioritär eingestuft werden.

Was tut Plan International?

Gleichberechtigte wirtschaftliche Teilhabe:

Wie auch in anderen Bereichen haben wir für den Bereich „Economic Security“ eine internationale Task Force aufgestellt. So wird ein global abgestimmtes Vorgehen gewährleistet. Die zentralen Ziele der Task Force sind: 1) den Lebensunterhalt in der Krise sichern 2) Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen weiterführen, 3) Anpassung an neue Gegebenheiten und 4) die individuelle und kollektive Resilienz für künftige Krisen erhöhen. Dabei legen wir - wie bei allen

unseren Aktivitäten - einen besonderen Fokus auf Mädchen und junge Frauen.

LEAD:

Wir erhalten den Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen aufrecht, unterstützen Organisationen und Jugendgruppen in ihrem Umgang mit COVID-19 und beraten sie, wie sie ihre Funktionsweise während der Pandemie umstellen können.

Konkret bedeutet es, dass sichere Räume für die jungen Menschen geschaffen werden, in denen sie sich über Ängste, Befürchtungen, Trauer, Wut, Stress und Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Pandemie, austauschen können. Wir machen auf professionelle psychosoziale Unterstützungsangebote aufmerksam und informieren über Hilfsangebote und Schutzmöglichkeiten, wenn über häusliche Gewalt berichtet wird.

Wenn möglich, unterstützen wir die Jugendlichen und unsere zivilgesellschaftlichen Partner*innen in den Partnerländern, wenn sie eine flexible Umfinanzierung ihrer Projekte beantragen möchten.

Wir ermutigen die jungen Menschen, die Auswirkungen der Pandemie auf ihr Leben zu dokumentieren. Dabei legen wir einen Schwerpunkt auf die gender- und altersspezifischen Auswirkungen und inwiefern die Pandemie sie diskriminiert und oder stigmatisiert hat. Interessant ist es auch, etwas über ihre Bewältigungsstrategien zu erfahren. Wir bitten die jungen Menschen ebenfalls, Gerüchte, Verschwörungstheorien und Fake News zu identifizieren.

Plan International unterstützt Jugendgruppen dabei, Informationen von jungen Menschen einzuholen. Diese analysieren wir und erarbeiten gemeinsam Strategien, um den Problemen zu begegnen. Auch ist es besonders wichtig, dass die Jugendgruppen geschützt agieren können, da sie in ihrer Arbeit als Risikogruppe – Stichwort Shrinking Space - agieren.

Wir konsultieren die Jugendlichen, ob und wie sie bei der Lösungsfindung in öffentlichen Prozessen eingebunden werden möchten und

bieten Unterstützung an, wie sie relevante Bereiche und Prozesse für die öffentliche Entscheidungsfindung identifizieren können und unterstützen sie mit technischer Expertise.

SRGR

Im Rahmen unserer COVID19 Maßnahmen widmen wir auch im Bereich SRGR die finanziellen Mittel um und stocken bestehende Projekte auf. Ziel ist es, Mädchen* und jungen Frauen* auch unter COVID19, den Zugang zu essentiellen Dienstleistungen zu gewährleisten. Wir denken Maßnahmen der Nothilfe und Entwicklungszusammenarbeit zusammen und verbinden sie, wo möglich.

Wir arbeiten mit anderen Akteuren der humanitären Hilfe im Gesundheitsbereich zusammen und stellen lebensrettende Instrumente und Maßnahmen zur Gewährleistung sexueller und reproduktiver Gesundheit zur Verfügung (Minimal Initial Service Package/MISP). Wir stärken und unterstützen Gesundheitssysteme durch Trainings und Kommunikationsmaßnahmen, um die Ausbreitung von COVID-19 zu stoppen und beteiligen uns an der Aufrechterhaltung der medizinischen Grundversorgung durch angepasste Gesundheitsprogramme. Darüber hinaus arbeiten wir gemeinsam mit jungen Menschen, deren Familien, Gemeindeautoritäten und Ministerien daran, die Probleme, schädlichen Praktiken und sozialen Werte und Normen zu verstehen, die sich negativ auf die SRGR von Mädchen* und jungen Frauen* auswirken. Diese Informationen nutzen wir, um gemeinsam Lösungen für strukturelle Veränderungen auf verschiedenen Ebenen zu erreichen.

Wir verlinken SRGR mit anderen Bedürfnissen und Menschenrechten, z. B. Bildung, Ernährung und der Schaffung kurzfristiger Beschäftigung.

Flucht und Migration:

Unsere bisherigen Projekte in den deutschen Unterkünften für Geflüchtete, wie beispielsweise die Schaffung von Schutzräumen für Kinder oder die Unterstützung von Eltern, müssen digital

abgedeckt werden, soweit dies möglich ist: Das Beratungsangebot für Entscheidungsträger:innen und Betreiber:innen der Unterkünfte und der online Austausch mit den Bewohner:innen der Unterkünfte, die ein Endgerät und einen Anschluss an das Internet haben. In Hamburg werden wir in zwei besonders herausfordernden Unterkünften präventive Kinderschutzmaßnahmen und Maßnahmen zum Schutz der psychosozialen Gesundheit von Familien durchführen.

Des Weiteren wurde eine Handlungsempfehlung zum Umgang mit COVID-19 in Unterkünften für Geflüchtete Menschen in Deutschland herausgegeben und verbreitet.

In den Partnerländern implementieren wir unter anderem Informationskampagnen und Kinderschutzmaßnahmen mit dem Schwerpunkt Fallmanagement. Das Fallmanagement ist in diesem Zusammenhang besonders wichtig, da wir eine Zunahme der Kinderschutzrisiken festgestellt haben. Konkret befassen wir uns mit der Identifikation, Registrierung und Abverfolgung von Kinderschutzfällen wie zum Beispiel geschlechtsbasierte Gewalt, häusliche Gewalt und Verstöße gegen die internationalen Minimumstandards im Bereich Kinderschutz. (CPMS – child protection minimum standards)

Unsere Forderungen an die Politik

- Es muss anerkannt werden, dass Mädchen* und Frauen* in besonderer Weise und überproportional direkt und indirekt von der derzeitigen COVID-19 Krise betroffen sind.
- Es muss anerkannt werden, dass Mädchen* und Frauen* eine tragende Rolle bei der Bekämpfung der Pandemie spielen.
- Die Reaktionspläne der internationalen, nationalen und lokalen Behörden müssen auf einer Analyse von Geschlecht, Alter und Behinderung beruhen und die besondere Situation und Bedürfnisse von Mädchen* und jungen Frauen* berücksichtigen. Dabei müssen Mädchen* und Frauen* - auch im Flucht- und

Migrationskontext - konsultiert und einbezogen werden.

- Genderanalysen müssen die Grundlage von Maßnahmen, Strategien und Responseplänen sein.
- Mädchen* und Frauen* müssen an der Ausgestaltung der COVID-19 Response beteiligt werden. Es muss anerkannt werden, dass junge Menschen die Fachexpertise besitzen, für Fragen, die ihr Leben betreffen und daher müssen sie beteiligt werden – ausnahmslos.
- Um diese Forderungen möglich zu machen, bedarf es dringend disaggregierter Daten nach Geschlecht und Alter zu den Auswirkungen von COVID-19, als Basis für Maßnahmen.
- Umwidmungen im Haushalt 2020 dürfen nicht auf Kosten von Mädchen* und jungen Frauen* gehen. Auch bei der Verteilung der zusätzlichen öffentlichen Entwicklungsgelder (Official Development Aid) muss die besondere Situation von Mädchen und jungen Frauen berücksichtigt werden. Insbesondere Sektoren wie Bildung, SRGR oder Maßnahmen gegen geschlechtsspezifische Gewalt sind auch schon unabhängig von COVID 19 weltweit chronisch unterfinanziert. Ebenso muss der Haushalt 2021 den Herausforderungen durch COVID19 Rechnung tragen.
- Die Krise muss als Chance gesehen werden, um grundlegende Normen, Werte und Machtstrukturen zu verändern, die Gleichberechtigung verhindern. Dies geht nur umfassend und mit der Beteiligung von Mädchen* und jungen Frauen*!
- SRGR muss weiterhin bei Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19 Pandemie berücksichtigt werden und ins Zentrum der deutschen COVID-19 Response rücken. Hierbei muss ein Fokus auf jugendfreundliche SRGR Leistungen, einschließlich der oft vernachlässigten Gruppe der 10-14-jährigen,

gelegt werden sowie auf umfassende Sexuaufklärung.

- Bei akuten Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen von Covid-19 muss ein Gender Fokus eingenommen werden. Es ist sonst zu befürchten, dass junge Frauen* nach dieser Krise weniger Chancen auf einen Arbeitsplatz haben, beziehungsweise nicht mehr an ihren Arbeitsplatz zurückkehren können. Dem muss entgegengewirkt werden.
- Menschenwürdige Arbeitsbedingungen weltweit müssen Ziel für eine neue Normalität nach Covid-19 sein. Daher fordern wir, dass der Bundestag noch in dieser Legislaturperiode ein Lieferkettengesetz verabschiedet und in diesem Gesetz sowie dessen Umsetzung einen Schwerpunkt auf Gleichberechtigung und Kinderrechte legt, da diese Themen bisher nicht ausreichend berücksichtigt wurden.
- Es muss in die Informations- und Kommunikationstechnologie in der Entwicklungszusammenarbeit investiert werden.
- Es ist entscheidend, dass lebensrettende und lebenserhaltende humanitäre Aktivitäten im Rahmen der Maßnahmen zur Eindämmung des Ausbruchs von COVID-19 so weit wie möglich fortgesetzt werden können. Die Regierungen müssen erwägen, für Mitarbeitende der humanitären Hilfe die Reisebeschränkungen aufzuheben, wo immer dies möglich ist.
- Es ist eine genaue Überwachung erforderlich, um sicherzustellen, dass die Maßnahmen das Recht auf Zugang zum Territorium und auf Asyl nicht beeinträchtigen.
- Die Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften sollten bundesweit gesetzlich verpflichtend sein, damit alle Bewohner:innen besonders Kinder, Mädchen* und Frauen* eine definierte menschenwürdige Unterbringung erhalten. So kann auch in Krisensituationen einheitlicher und bedachter reagiert und die Sicherheit der Kinder, Mädchen* und Frauen* verbessert werden.



**Plan International
Deutschland e.V.**
Kontakt
Sonja Birnbaum
Leiterin Repräsentanz Berlin
Stresemannstr. 72
10963 Berlin

Tel.: +49 (0)30 / 22 35 27 13
Fax: +49 (0)30 / 22 35 27 14
E-Mail: sonja.birnbaum@plan.de
www.plande
www.facebook.com/planDeutschland
www.twitter.com/PlanGermany

Stand: OKT/2020